

Vergabekammer beim  
Regierungspräsidium Magdeburg  
Olvenstedter Straße 1-2  
39108 Magdeburg

**Az: 33-32571-07 VK 09/01 MD**

## **Beschluss**

In dem Nachprüfungsverfahren

- Antragstellerin -

gegen

- Vergabestelle -

wegen der Vergabe von "Projektsteuerungsleistungen für den ehemaligen Addinol-Standort Krumpa" hat die Vergabekammer beim Regierungspräsidium Magdeburg am 21.06.2001 durch die stellvertretende Vorsitzende Oberregierungsrätin Arndt, die hauptamtliche Beisitzerin Wendler und den ehrenamtlichen Beisitzer Zuch beschlossen:

1. Der Antrag der Vergabestelle auf Gestattung der Erteilung des Zuschlags wird zurückgewiesen.
2. Die Kostenentscheidung bleibt dem Beschluss in der Hauptsache vorbehalten.

### **Gründe:**

#### **I.**

Die Vergabestelle hat den Auftrag "Projektsteuerungsleistungen für den ehemaligen Addinol-Standort Krumpa" EU-weit im Verhandlungsverfahren ausgeschrieben. In diesem Verfahren gingen aufgrund der Ausschreibung bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist 66 Teilnahmeanträge ein. Darunter befand sich auch der Teilnahmeantrag der Antragstellerin als Beteiligte einer Bietergemeinschaft.

Mit Fax vom 06. 06. 2001 hat die Antragstellerin bei der Vergabekammer die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens beantragt. Sie trägt vor, die Vergabestelle habe in verschiedenster Weise gegen Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) verstoßen. Der Vergabestelle sei deshalb zu untersagen, den Zuschlag für o. g. Auftrag zu erteilen, ohne die behaupteten Vergabeverstöße beseitigt zu haben.

Die Vergabekammer hat am 07.06.2001 den Antrag der Vergabestelle zugestellt. In ihrer Erwiderung vom 12.06.2001, hier eingegangen am selben Tag, tritt die Vergabestelle den Beschwerden der Antragstellerin entgegen. Im gleichen Schreiben beantragt die Vergabestelle,

ihr gemäß § 115 Abs. 2 Satz 1 GWB zu gestatten, den Zuschlag nach Ablauf von 2 Wochen seit Bekanntgabe dieser Entscheidung erteilen zu dürfen.

Begründet wird dieser Antrag mit einer besonderen Dringlichkeit. Die Projektsteuerungsleistungen seien ab dem 01.07.2001 durch einen neuen Auftragnehmer zu übernehmen, um einen reibungslosen Fortgang des Sanierungsvorhabens Addinol zu gewährleisten.

Nur so sei die Entstehung von möglichen Schäden finanzieller Art und an den Schutzgütern Boden, Grundwasser und menschlicher Gesundheit zu vermeiden. Dagegen seien die zu erwartenden Nachteile für die Antragstellerin aufgrund der fehlenden Erfolgsaussichten ihres Antrages und der fehlenden Darstellung eines Schadens als eher geringfügig anzusehen.

Die Antragstellerin des Nachprüfungsverfahrens beantragt,

den Antrag auf Zuschlagsgestattung zurückzuweisen.

Sie führt im Schriftsatz vom 20.06.2001 aus, zur Vermeidung eines finanziellen Schadens sei es der Vergabestelle freigestellt und in jeder Beziehung möglich, die Antragstellerin für eine Übergangszeit mit den benötigten Leistungen zu beauftragen. Ein möglicher Schaden an den Schutzgütern Boden, Grundwasser und menschlicher Gesundheit sei weitestgehend ausgeschlossen und drohe auch nicht zu entstehen. Die derzeitigen Projektträger seien Verantwortliche für die Projektsteuerung und darüber hinaus als Eigenüberwacher der ausführenden Unternehmen und als Fremdüberwacher ebenfalls im Sanierungsverfahren begleitend und überwachend tätig.

## II.

Der Antrag ist gemäß § 115 Abs. 2 Satz 1 GWB zulässig.

Die vorgenannte Vorschrift findet gem. §§ 99 Abs. 4, 100 Abs. 1 und 101 Abs. 4 GWB hier Anwendung, wobei die Zuschlagserteilung im Sinne des § 115 GWB der Auftragserteilung im Sinne des § 16 VOF gleichzusetzen ist.

Der Nachprüfungsantrag der Antragstellerin wurde der Vergabestelle am 07.06.2001 zugestellt. Zu diesem Zeitpunkt war das Verhandlungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Die Zustellung entfaltet somit die Sperrwirkung des § 115 Abs. 1 GWB.

Der Antrag auf Gestattung der Zuschlagserteilung ist jedoch unbegründet. Gemäß § 115 Abs. 2 Satz 1 GWB kann die Vergabekammer dem Auftraggeber auf seinen Antrag gestatten, den Zuschlag nach Ablauf von zwei Wochen seit Bekanntgabe dieser Entscheidung zu erteilen, wenn unter Berücksichtigung aller möglicherweise geschädigten Interessen sowie des Interesses der Allgemeinheit an einem raschen Abschluss des Vergabeverfahrens die nachteiligen Folgen einer Verzögerung der Vergabe bis zum Abschluß der Nachprüfung die damit verbundenen Vorteile überwiegen.

Die Vergabekammer entscheidet entsprechend dem Wortlaut dieser Vorschrift nur aufgrund einer vorzunehmenden Interessenabwägung.

Etwaige Erfolgsaussichten des Nachprüfungsantrages spielen im Rahmen der Abwägung hingegen keine Rolle (vgl. Beschluss der 2. Vergabekammer des Bundes vom 30.06.1999 Az: VK 2-14/99).

Diese Interessenabwägung fällt zu Lasten der Vergabestelle aus. Hierbei ist auf Seiten der Antragstellerin zu berücksichtigen, dass sie gemäß § 97 Abs. 7 GWB einen subjektiven Anspruch auf Einhaltung der Vergabevorschriften hat. Dieser Anspruch würde beim Vorliegen von Vergabefehlern endgültig vereitelt, wenn die Vergabekammer die Erteilung des Zuschlags gestatten würde. Etwaige Vergabefehler könnten dann nicht mehr beseitigt werden. Der Antragstellerin bliebe allein die Möglichkeit, nach § 114 Abs. 2 Satz 2 GWB die Feststellung zu beantragen, dass eine Rechtsverletzung vorgelegen hat.

Weiter ist von Bedeutung, dass das Nachprüfungsverfahren im Normalfall streng an kurze Fristen gebunden ist (§ 113 Abs. 1 Satz 1 GWB – fünf Wochen). Im Allgemeinen ist hierdurch dem Beschleunigungsinteresse Genüge getan. Daher kommt eine ausnahmsweise Gestattung der Zuschlagserteilung vor Abschluss des Nachprüfungsverfahrens nur in Betracht, wenn das Interesse der Vergabestelle und der Allgemeinheit hieran von außergewöhnlichem Gewicht ist. Dies ist anzunehmen, wenn der Vergabestelle die Erfüllung ihrer Pflichten nicht möglich wäre, weil sie den Zuschlag erst nach Abschluß des Nachprüfungsverfahrens erteilen darf. Diese Gefahr besteht jedoch vorliegend nicht. Die Frist zur Entscheidung der Vergabekammer in der Hauptsache endet am 11.07.2001. Zuzüglich der Frist von zwei Wochen nach § 117 Abs. 1 GWB kann die Vergabestelle somit spätestens in der letzten Woche des Monats Juli den Zuschlag erteilen.

Die Möglichkeit, dass die Zuschlagserteilung durch die Einleitung eines gerichtlichen Beschwerdeverfahrens nochmals verzögert wird, ist vorliegend nicht zu berücksichtigen, da es sich insoweit nur um hypothetische Erwägungen handelt.

Nach § 121 Abs. 1 GWB kann im Übrigen vor dem Beschwerdegericht ein Antrag auf vorzeitige Gestattung der Zuschlagserteilung gestellt werden. Im Rahmen dieses Verfahrens kann dann entschieden werden, ob eine nochmalige Verzögerung während des Beschwerdeverfahrens hingenommen werden kann.

Soweit die Vergabestelle die Entstehung von möglichen Schäden finanzieller Art und an Schutzgütern behauptet, so hat sie dies nicht hinreichend dargelegt.

Angesichts der dargestellten irreversiblen Folgen, die eine Vorabgestattung der Zuschlagserteilung hätte, ist die Vergabestelle gehalten, für einen vorübergehenden Zeitraum übergangsweise die Projektsteuerungsleistungen für den ehemaligen Addinol-Standort Krumpa sicherzustellen.

Die Kostenentscheidung ergeht gemäß § 128 GWB einheitlich im Rahmen der Entscheidung über die Hauptsache.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die ablehnende Entscheidung der Vergabekammer im Verfahren des § 115 Abs. 2 Satz 1 GWB ist der Antrag, den sofortigen Zuschlag zu gestatten, zulässig. Er ist schriftlich beim Oberlandesgericht Naumburg, Domplatz 10, 06118 Naumburg, zu stellen und gleichzeitig zu begründen. Die zur Begründung des Antrags vorzutragenden Tatsachen sowie der Grund für die Eilbedürftigkeit sind glaubhaft zu machen (§ 115 Abs. 2 Satz 3 und 4 i.V.m. § 121 Abs. 2 Satz 1 und 2 GWB).